AHV-Milliarden verschenkt

Seit 12 Jahren will der Bund die Anlagepolitik verbessern – Aber die Reform zieht sich noch immer dahin

Hätte die AHV ihr Geld besser angelegt, wäre eine Erhöhung der Mehrwertsteuer heute noch kein Thema. Doch mit einer übervorsichtigen Politik wurden Milliarden verschenkt. Und obwohl seit Anfang Jahr lockerere Vorschriften gelten, hat sich noch nichts geändert.

■ VON IWAN STÄDLER, BERN

«Da haben wir wieder etwas verpasst», ärgert sich Joseph Hofstetter, Geschäftsführer des AHV-Fonds. Hätte der Ausgleichsfonds zu Beginn dieses Jahres auch nur 500 Millionen seines 27-Milliarden-Vermögens in Schweizer Aktien investiert, könnte er sich heute eines Gewinns von über 130 Millionen Franken erfreuen. Doch die beabsichtigte Reform der Anlagepolitik ist noch nicht umgesetzt. Und so hat Hofstetter statt des Gewinns den Ärger.

Mickrige Renditen

Grund sich zu ärgern hätte das Schweizer Volk schon lange. Die Rendite des nach der Nationalbank grössten staatlichen Vermögens lässt nämlich stark zu wünschen übrig. Während Pensionskassen wie jene der Stadt Zürich in den vergangenen Jahren Renditen von durchschnittlich über 10 Prozent erwirtschafteten, begnügte sich der AHV-Fonds mit rund 4 Prozent.

Solche Unterschiede gehen bei einem Vermögen von 27 Milliarden ins Geld. Jedes zusätzliche Renditeprozent würde jährlich 270 Millionen mehr Ertrag bringen. Doch statt von der Börsenhausse zu profitierten, steckte der AHV-Fonds sein Vermögen in Obligationen und Darlehen an Bund, Kantone, Gemeinden, Banken und gemischtwirtschaftliche Unternehmen.

Langfristig geringes Risiko

Aktienkäufe verbot das Gesetz bis vor kurzem, obwohl diverse Untersuchungen zeigen, dass solche Papiere langfristig besser rentieren als Obligationen. So errechnete etwa die Bank Bär, dass Aktien in den letzten 10 Jahren eine durchschnittliche Rendite von 11 Prozent brachten, Anlagen auf dem Geldmarkt aber lediglich eine solche von 4 bis 5 Prozent. Erklären lässt sich dies durch das höhere Risiko von Aktienanlagen, das vom Markt honoriert werden will. Je längerfristig aber jemand anlegt, desto stärker gleichen sich die Renditeschwankungen aus und desto eher sollte man auf risikoreiche Anlagen setzen.

Das Geld für sie wurde falsch angelegt.

BILD MARKUS KIRCHGESSNER

Keiner machte Druck

Das hat auch der Verwaltungsrat des AHV-Fonds eingesehen. 1985 empfahl er der Parlamentskommission, die Anlagevorschriften im Rahmen der 10. AHV-Revision zu lockern. Doch diese zog sich jahrelang hin, womit die Neuerung erst auf den 1. Januar 1997 in Kraft tat. Hätte sich jemand dafür eingesetzt, die Verbesserung der Anlagerichtlinien vorzuziehen, befänden sich heute ein paar Milliarden mehr in der AHV-Kasse. Und der Bundesrat hätte mit der Erhöhung der Mehrwertsteuer getrost noch ein wenig zuwarten können.

Wer nun aber glaubt, der Bund habe aus seinen Versäumnissen gelernt und dafür gesorgt, dass die neue Anlagepolitik gleich ab Januar habe umgesetzt werden können, der irrt. Bis heute ist nämlich kein einziger Franken in Aktien oder Fremdwährungs-Obligationen geflossen. Statt dessen dauern die Vorbereitungsarbeiten immer noch an.

«Bis im letzten Juni haben wir noch damit gerechnet, auf Beginn dieses Jahres bereit zu sein», erklärt Paul Hasenfratz, Verwaltungsratspräsident des AHV-Fonds und ZKB-Direktionspräsident. Doch dann, seufzt er, hätten die vielen Vernehmlassungen unter den Ämtern sowie andere administrative Umtriebe mehr Zeit gekostet als erwartet. Nicht alle Beamten hätten in dieser Sache gleich viel Engagement gezeigt, ist von verschiedenen Verwaltungsräten und Beteiligten in der Bundesverwaltung zu hören. Etliche würden noch den «mündelsicheren Anlagen» nachtrauern. Namen nennen will jedoch niemand – und zitiert werden schon gar nicht.

Verantwortliche lassen sich Zeit

Auch im Verwaltungsrat hätten erst Widerstände überwunden werden müssen, weiss dessen Vizepräsident Urs Kaufmann. Im letzten November genehmigte das Gremium, vorerst je eine halbe Milliarde in Schweizer Aktien und in Fremdwährungsobligationen anzulegen. Eine Beratungsfirma sucht nun die externen Portfolio-Manager. Falls keine weiteren Verzögerungen mehr aufträten, könne eine erste Gruppe im Juni mit Anlegen beginnen, erklärt Hasenfratz. Und auf die Frage, ob er die halbjährige Verzögerung bedaure, meint er: «Wenn ich die Börsenentwicklung dieser Monate betrachte schon. Aber es hätte ja auch anders kommen können.»